

# WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER INDUSTRIE UNTER DRUCK

**Die Industrie ist eine wesentliche Säule des Wirtschaftsstandorts Österreich. Aktuelle Herausforderungen drohen diese aber ins Wanken zu bringen. Für eine positive Entwicklung des Sektors ist eine verlässliche und kostengünstige Energieversorgung erforderlich, der Energiepreisschock belastet die europäische Industrie jedoch weiterhin übermäßig stark. Außerdem ist die Branche mit klima- und energierelevanten Anforderungen konfrontiert, die in anderen Weltregionen nicht in der Schärfe zu tragen kommen. Erschwerend kommt in Österreich ein steilerer Anstieg der Lohnstückkosten als bei wichtigen Handelspartnern hinzu, gepaart mit einem drängenden Arbeitskräftemangel. Diese strukturellen Probleme treten vor dem Hintergrund eines derzeit schwachen konjunkturellen Umfelds auf.**

Als Schlüsselbranche der heimischen Wirtschaft ist der Produzierende Bereich Arbeitgeber für über eine Million unselbständig Beschäftigte im Inland. Damit arbeitet jeder vierte unselbständig Beschäftigte in diesem Sektor. Außerdem sichert jeder Industriearbeitsplatz in der Regel eineinhalb weitere Arbeitsplätze im industrienahen Dienstleistungsbereich, d.h. servo-industriellen Sektor. In Österreich ist der Industrieanteil überdurchschnittlich hoch im europäischen Vergleich. **Drei von zehn Wertschöpfungseuros kommen aus dem Produzierenden Bereich.** Zum Vergleich: In Frankreich ist die Industrie nur für knapp jeden fünften Euro verantwortlich.

Österreichs Industrie ist stark exportorientiert. Über zwei Drittel (69,3 %) des Umsatzes erzielen die heimischen Industriebetriebe im Ausland. Besonders exportintensiv ist die Papierindustrie, die 87,2 % ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaftet. Ein ähnlich umfassendes Auslandsgeschäft haben auch die Fahrzeugindustrie mit einem Auslandsumsatzanteil von 84,0 % sowie die Elektro- und Elektronikindustrie mit 83,1 %. Drei Viertel der „Hidden Champions“ – das sind Unternehmen, die in ihrem Geschäftsbereich zu den Weltmarktführern gehören, aber in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt sind – findet man in der Industrie. Die Industriebetriebe stehen zudem für den Mammutanteil der F&E-Ausgaben, insgesamt ist der Unternehmenssektor für rund **zwei Drittel der F&E-Ausgaben in Österreich** verantwortlich.

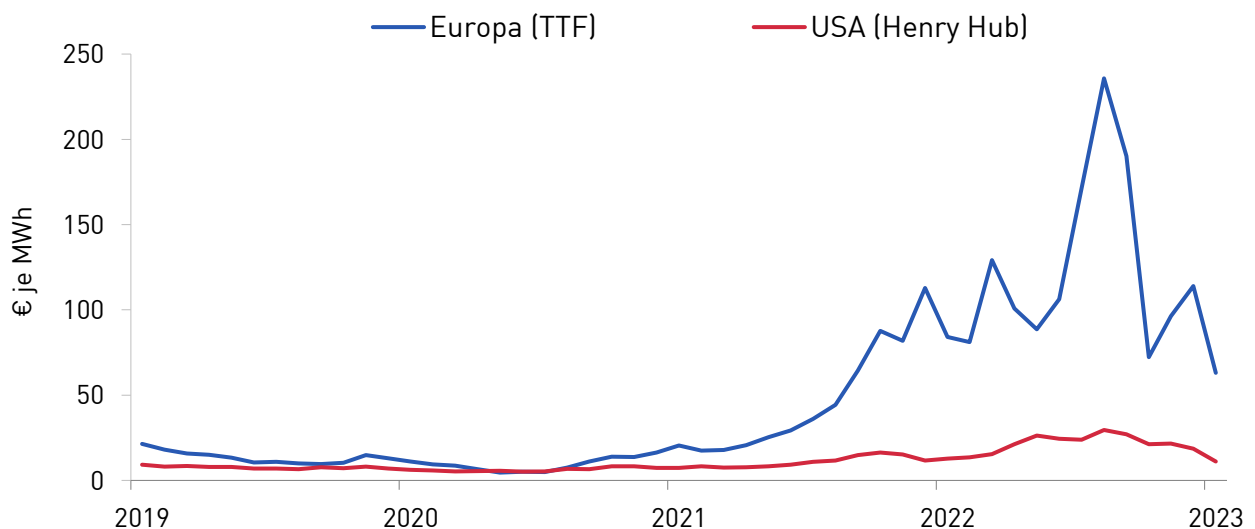
Aktuell stehen die heimischen Industriebetriebe vor unterschiedlichen Herausforderungen, die sich nachteilig auf die Konkurrenzfähigkeit auf den Exportmärkten sowie auf die Attraktivität des Standortes auswirken.

## A. HERAUSFORDERUNG ENERGIEPREISE

### Hohe Energiepreise schaden der Wettbewerbsfähigkeit und dem Standort

- 2022 kam es zu kräftigen Energiepreisanstiegen, die stark auf Europa konzentriert waren. Mittlerweile liegen die Gaspreise in der EU zwar wieder deutlich unter den Höchstwerten des Jahres 2022, sind aber weiterhin um ein Vielfaches höher als in den USA.
- Nicht nur die Gaspreise, sondern auch die Strompreise haben sich im Jahr 2022 vervielfacht. Der österreichische Strompreisindex erreichte im Februar 2023 seinen Höhepunkt und war zu diesem Zeitpunkt mehr als dreimal so hoch wie im Jahr zuvor.
- Speziell für die energieintensive Industrie verursachen die höheren Energiepreise sowie die CO<sub>2</sub>-Besteuerung Kostennachteile im internationalen Wettbewerb.

### Gaspreisentwicklung in Europa und den USA in € je MWh



Quelle: IMF | WIFO | TTF | Henry Hub, Werte zum Stand Jänner 2023.

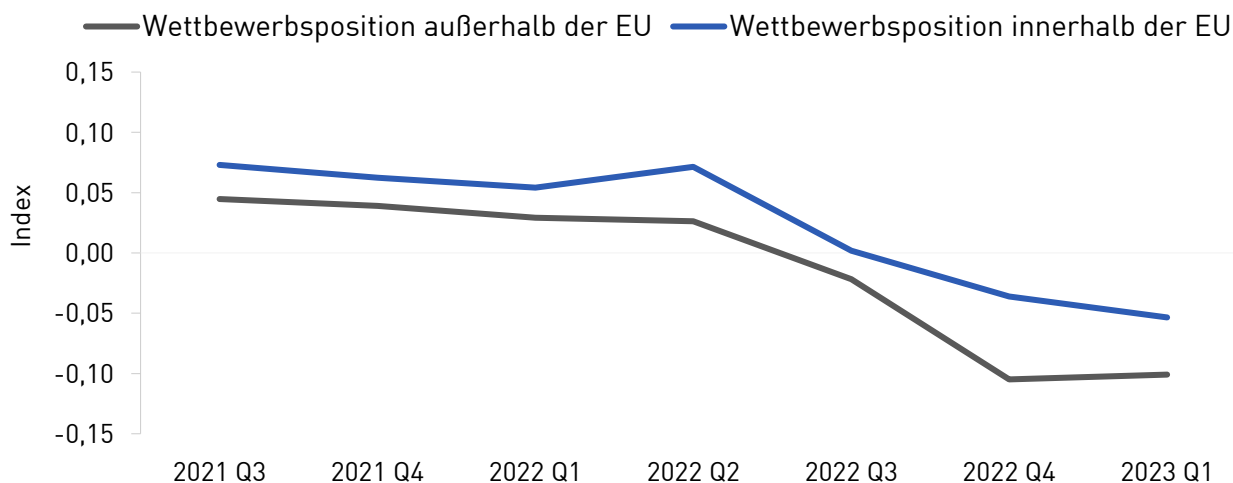
### Österreichischer Strompreisindex ÖSPI 2006



Quelle: EEX | Österreichische Energieagentur.

Wie der quartalsmäßige Konjunkturtest des WIFO belegt, empfinden Unternehmen die hohen Energiepreise als **Dämpfer für die Wettbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten**, insbesondere gegenüber außereuropäischen Mitbewerbern.

**Einschätzung der österreichischen Sachgütererzeugung zur Wettbewerbsposition in Märkten in und außerhalb der EU**

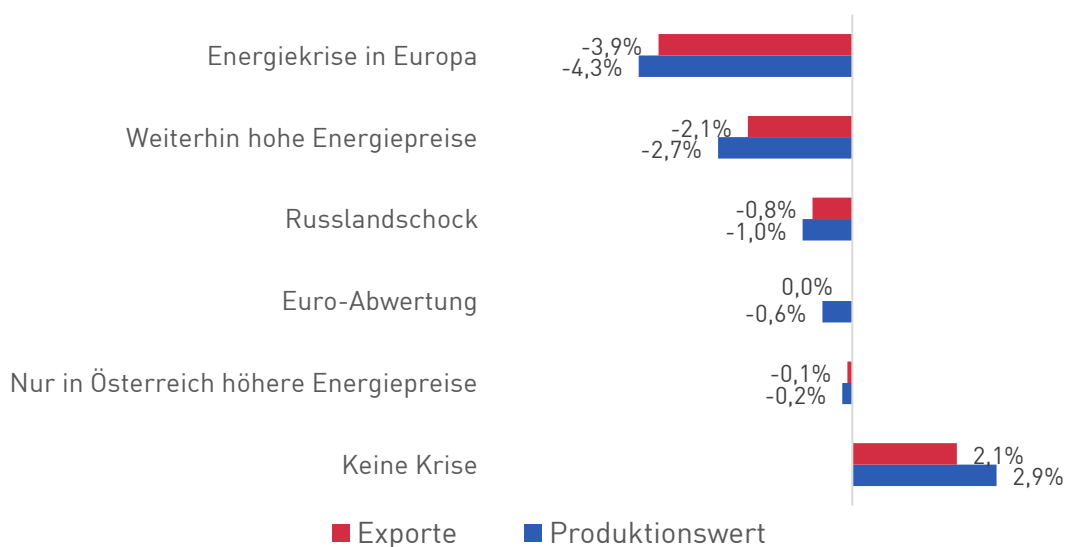


Quelle: WIFO-Konjunkturtest.

Wie sich die Energiepreise auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken, hat das WIFO in einer Studie mit Fokus auf die Industrie untersucht.

- Über alle Modellberechnungen hinweg zeigt sich: Die gestiegenen Energiepreise haben stark **negative Effekte auf die Warenexporte und die heimische Industrieproduktion**.
- Die Industrieproduktion wäre ohne Krise (d.h. ohne Energiepreisanstiege im Vergleich zu 2018) um 2,1% und die Industrieproduktion um 2,9 % höher als im Referenzszenario.

**Veränderung der Exporte und des Produktionswerts in der heimischen Sachgütererzeugung nach Szenarien im Vergleich zum Referenzszenario**

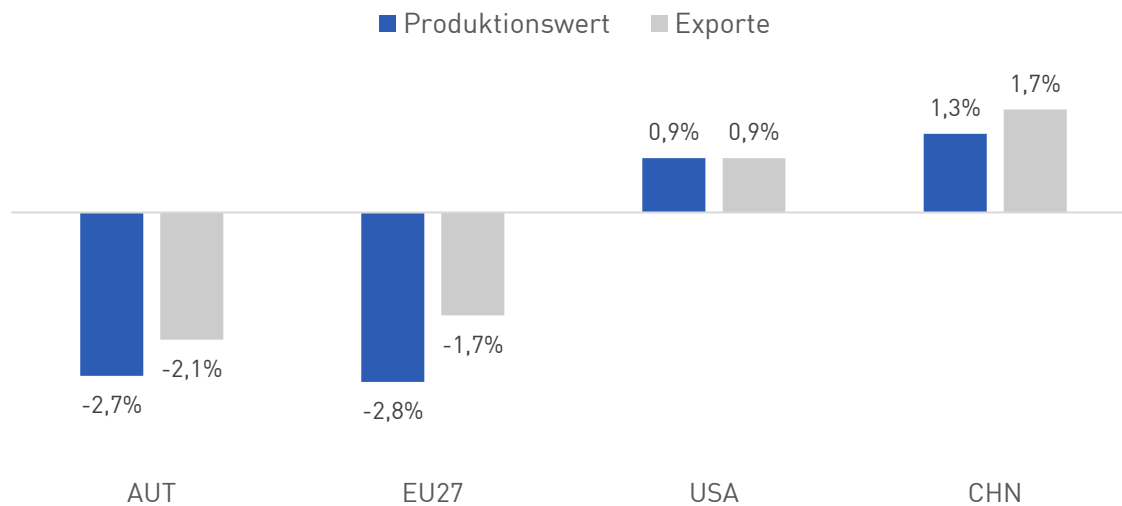


Anmerkung: Das Referenzszenario beruht auf Energiepreisen, die von Oxford Economics für 2027 prognostiziert wurden.

Quelle: WIFO.

- **Europa und Österreich verlieren** durch höhere Energiepreise **Marktanteile** im internationalen Warenhandel.
- Während die Exporte und die Produktion in Österreich und der EU bei weiterhin hohen Energiepreisen zurückgehen, steigen sie außerhalb der EU, in den USA und in China an.

### **Auswirkung weiterhin hoher Energiepreise auf die Produktion und Exporte in der Sachgütererzeugung**



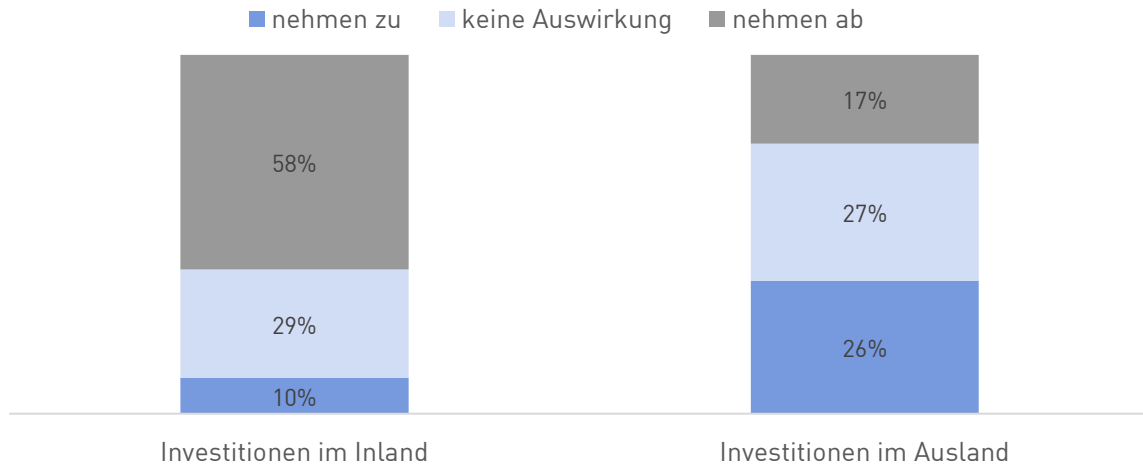
Anmerkung: In diesem Szenario sind die Gas- und Kohlepreise in Europa deutlich höher als in den anderen Weltregionen.  
Quelle: WIFO.

Neben den Modellberechnungen beinhaltet die WIFO-Studie auch eine **Unternehmensbefragung**, an der 278 Unternehmen aus der Sachgütererzeugung teilgenommen haben. Aus dieser ergibt sich Folgendes:

- Die **negativen Auswirkungen** der hohen Energiepreise schlagen sich auf die **Profitabilität, Investitionstätigkeit im Inland und Wettbewerbsfähigkeit** der Unternehmen nieder. Die energieintensiven Branchen sind besonders stark betroffen.
- Die Energiepreisanstiege haben die **Ertragslage** der Industrie **verschlechtert**.
- Der Anstieg der Energiepreise verursacht einen **Rückgang der Investitionen im Inland**, insbesondere von den Erweiterungsinvestitionen. Bei energieintensiven Unternehmen sinkt die Investitionsbereitschaft in österreichische Standorte stärker als bei den weniger energieintensiven.
- Eine Weitergabe der höheren Energiekosten über die Preise ist in der Exportwirtschaft durch den internationalen Wettbewerb begrenzt.

## Bei weiterhin hohen Energiepreisen will die Mehrheit der Unternehmen ihre Investitionen im Inland senken

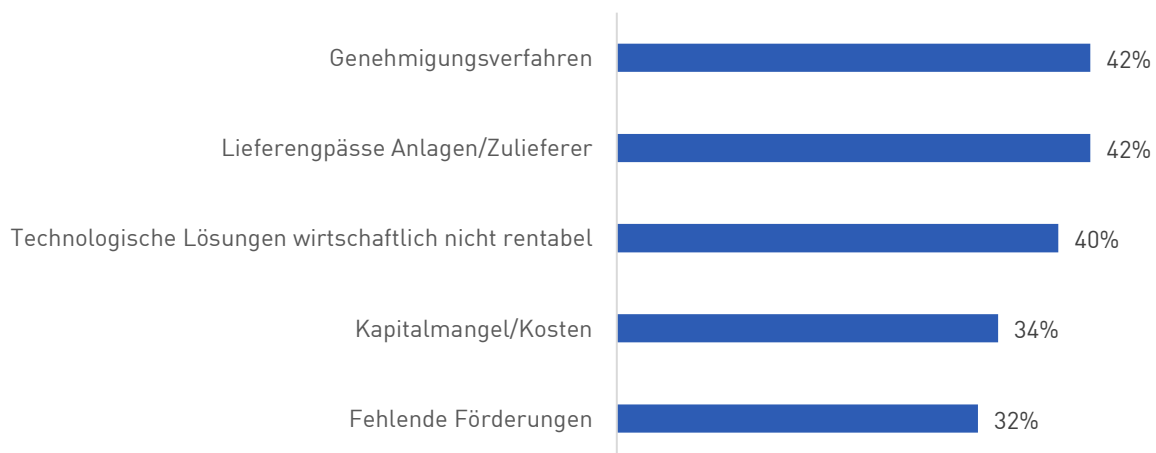
### Auswirkung weiterhin hoher Energiepreise auf die Investitionen



Anmerkung: Jener Anteil der Unternehmen, welcher mit „nicht relevant“ geantwortet hat, wurde in den Balken nicht abgebildet.  
Quelle: WIFO-Sonderbefragung der Industrie, Februar / März 2023.

- Höhere Energiepreise begünstigen die **Verlagerung von Produktionsaktivitäten in Länder mit niedrigeren Energiepreisen** sowie die **Abwanderung** der energieintensiven Industrie.
- 47 % der Unternehmen geben an, dass die geografische **Verlagerung ins Nicht-EU-Ausland** durch weiterhin hohe Energiepreise begünstigt wird. Für 38 Prozent wird die geografische Verlagerung ins EU-Ausland attraktiver.
- Rund die Hälfte (49 %) der Unternehmen erwartet eine **Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit** gegenüber europäischen Wettbewerbern, wenn die Energiepreise mittelfristig auf dem derzeitigen Niveau bleiben oder steigen. Rund 60% der Unternehmen erwartet eine Verschlechterung gegenüber außereuropäischen Mitbewerbern.
- **Investitionen in energieeffiziente Technologien und Produkte** können dazu beitragen, die laufenden Energiekosten zu senken. Ein wesentlicher Hemmschuh sind dabei jedoch langwierige Genehmigungsverfahren.

### Bedeutendste Hemmnisse für Investitionen in energiesparende Maßnahmen



Anmerkung: Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: WIFO-Sonderbefragung der Industrie, Februar / März 2023.

## B. HERAUSFORDERUNGEN AUS DEKARBONISIERUNG, LOHNKOSTENENTWICKLUNG UND ARBEITSKRÄFTEMANGEL

### Dekarbonisierung und Klimagesetzgebung

- Problematiken aus dem Energiepreisanstieg spielen auch im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung eine Rolle. Denn konkurrenzfähige Energiepreise und insbesondere leistbarer Strom sind Schlüsselfaktoren für die Umsetzung der Dekarbonisierung in der Industrie.
- Die **Klimaziele** der Europäischen Union und der österreichischen Bundesregierung stellen Anforderungen an die heimische Industrie, die in anderen Weltregionen kaum oder gar nicht bestehen sind.
  - Um ihre Prozesse auf erneuerbare Energien (u.a. Strom, Wasserstoff, Biomethan) umzustellen, hat die Industrie einen hohen Investitionsbedarf zu stemmen.
  - Neben dem Abbau von Investitions-Hemmnissen – siehe oben – müssen auch überholte Parallelstrukturen (EU und national) im Umwelt- und Anlagenrecht beseitigt sowie die Wasserstoffstrategie umgesetzt werden, wenn die Dekarbonisierung gelingen soll.
- Zusätzlicher Hemmschuh für Investitionen sind die stark gestiegenen Zinsen.
- Der Umbau des Energiesystems kann nur mit dem **Ausbau entsprechender Energieinfrastrukturen** gelingen. Bis 2030 sind allein für die Energieerzeugung und Energienetze 70 Mrd. Euro an Investitionen erforderlich (Energieinstitut der Wirtschaft).

Österreichs exportorientierte Industrie befindet sich im Wettbewerb mit Unternehmen aus der ganzen Welt. Investitionen werden typischerweise dort getätigt, wo die Standortbedingungen am attraktivsten sind. Durch Chinas Subventionspolitik entsteht für europäische Betriebe ein Wettbewerbsnachteil. Die USA setzt Europa mit dem Inflation Reduction Act unter Zugzwang.

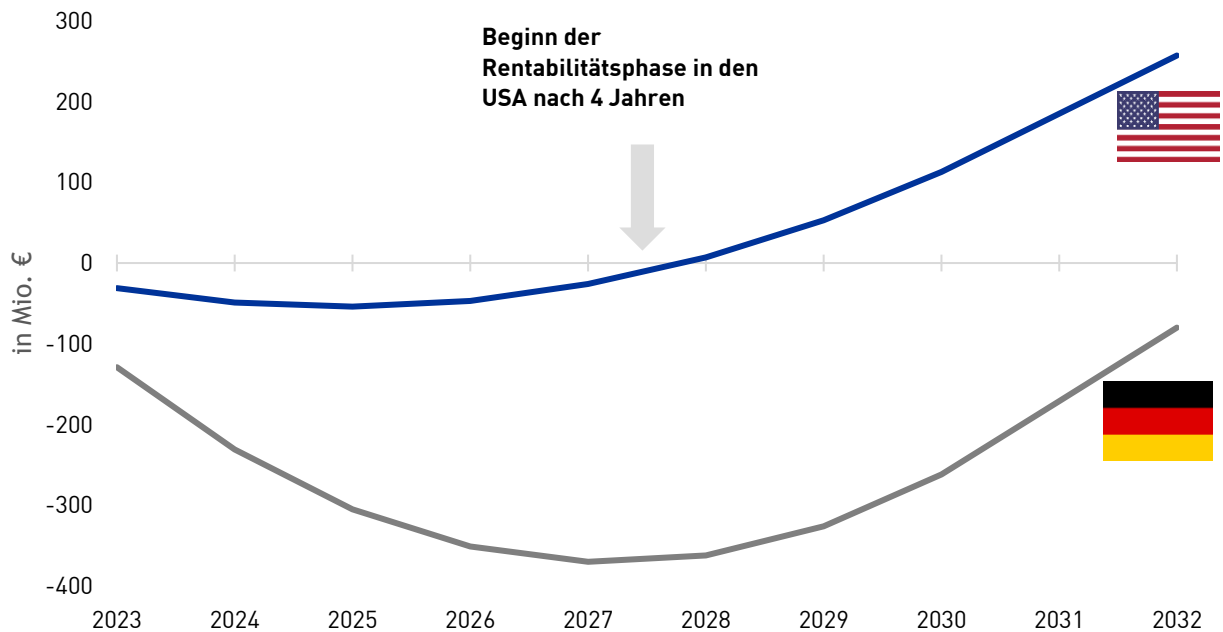
### Inflation Reduction Act und Wettbewerbsfähigkeit

- Mit dem Inflation Reduction Act (IRA) hat die US-Regierung ein industriepolitisches Programm geschaffen, das nachhaltige Energien subventionieren und die US-Wirtschaft dekarbonisieren soll.
- Die großzügigen Bedingungen des IRA geben Anlass zur Sorge, dass europäische Industriebetriebe in die USA abwandern bzw. Neuinvestitionen statt in Europa in den USA stattfinden könnten. Dies gilt vor allem für **Neuinvestitionen in grüne Technologien**. Diese zukunftssträchtigen Wertschöpfungsketten befinden sich oftmals gerade in der Anlaufphase.
- Es wird befürchtet, dass die europäischen Green-Deal-Initiativen eine **Deindustrialisierung** der EU nicht verhindern können.

EY hat berechnet, wie viele Jahre es dauert, bis sich die Umstellung der Rohstahlproduktion mit klassischem Hochofen auf ein Direktreduktionsverfahren mit Wasserstoff („grüne“ Stahlproduktion) rentiert. Dank der Steuergutschriften, die durch den IRA ermöglicht werden, und niedriger Stromkosten wird der Break-Even-Punkt für die grüne Stahlproduktion in den USA bereits im vierten Jahr erreicht. Ab dem sechsten Jahr ist die grüne Stahlproduktion in den USA sogar günstiger als ein konventionelle Weiterbetrieb des Stahlwerks. In Deutschland ist die Rentabilität hingegen selbst nach zehn Jahren noch nicht erreicht.

## Grüne Investitionen amortisieren sich in den USA viel schneller als in Deutschland

### *Rentabilität einer Investition in die grüne Stahlproduktion*



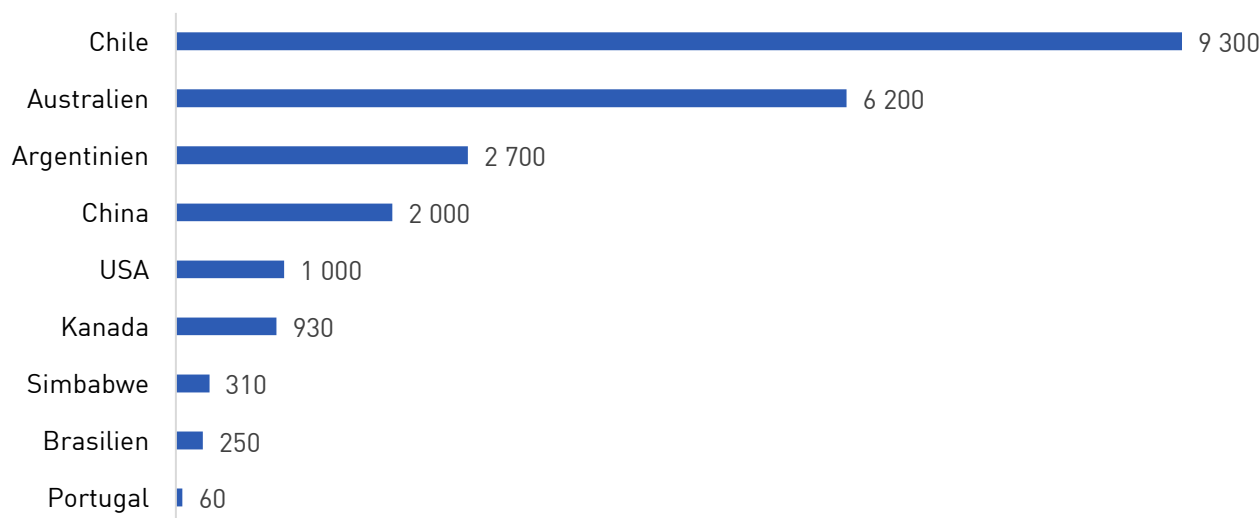
Quelle: EY | Spiegel.

### Geopolitische Spannungen und Abhängigkeiten

In den letzten Jahren haben die geopolitischen Spannungen zugenommen. Für die EU stellt dies eine weitere Herausforderung dar, denn viele **Rohstoffe**, die wir in der industriellen Fertigung benötigen, sind in Europa nicht oder nur in unzureichendem Ausmaß vorhanden. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine mit seinen Folgen für die europäische Gasversorgung sowie die Gefahr einer Eskalation des China-Taiwan-Konflikts zeigen, dass die Diversifizierung und die Zuverlässigkeit eine immer wichtigere Rolle bei der Auswahl der Handelspartner spielen.

Für die Umsetzung der E-Mobilität benötigt die europäische Automobilindustrie etwa in ausreichendem Umfang Zugang zu Rohstoffen wie Lithium, Nickel und Kobalt, dafür müssen Kooperationen eingegangen und Rohstoffe aus aller Welt zugekauft werden. Neben der **Diversifizierung der Rohstofflieferanten** ist die **Verstärkung der Handelsbeziehungen** zu verlässlichen und rohstoffreichen Ländern der zweite Schlüssel für die Produktion moderner Technologien in Europa. Kanada, Chile, Mexiko, Australien und Neuseeland bekommen als rohstoffreiche, stabile Demokratien vermehrt Aufmerksamkeit als attraktive Handelspartner für Europa.

## Viele Rohstoffe wie etwa Lithium gibt es fast nur außerhalb der EU *Länder mit den größten Lithiumreserven in Tausend Tonnen, 2022*



Quelle: Statista | USGS.

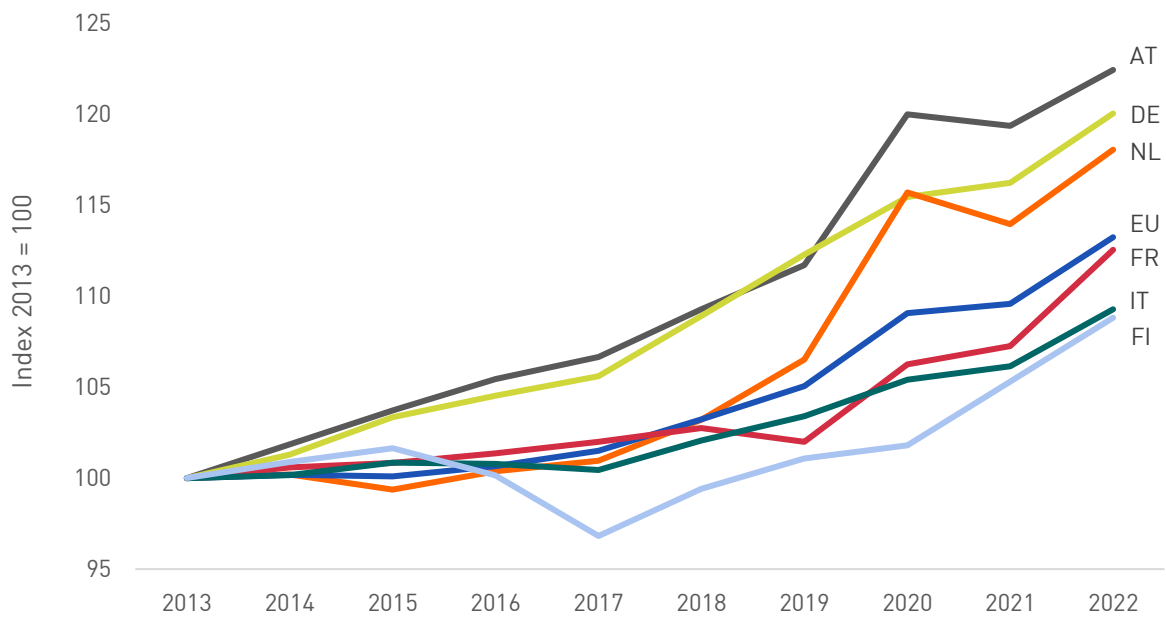
### Lohnstückkosten-Entwicklung

Der Energiepreisschock hat in weiterer Folge einen Preisschub in vielen Bereichen der Wirtschaft ausgelöst. In Österreich ist die Verbraucherpreis-inflation derzeit sogar deutlich über dem Eurozonendurchschnitt. Da die kollektivvertragliche Lohnentwicklung in Österreich traditionell an den Verbraucherpreisindex gekoppelt ist, hat dies Auswirkungen auf die im Standortwettbewerb wichtige Lohnstückkostenentwicklung.

- Die **Lohnstückkosten** nahmen in der österreichischen Sachgüterzeugung bereits in den letzten drei Jahren stärker zu als beim wichtigsten Handelspartner Deutschland. Dieses Jahr werden sie in Österreich nochmal um fast 10 Prozent und 2024 abermals um über 7 Prozent ansteigen, prognostiziert das WIFO.
- Ein wesentlicher Treiber der Lohnstückkosten-Entwicklung ist die im internationalen Vergleich **überdurchschnittlich hohe Verbraucherpreis-inflation** in Österreich.
- Die **Produktivitätsentwicklung** pro Arbeitsstunde wird laut WIFO-Prognose in den nächsten beiden Jahren hingegen wesentlich **schwächer als die Lohnentwicklung ausfallen**. Dies schadet der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Österreich.

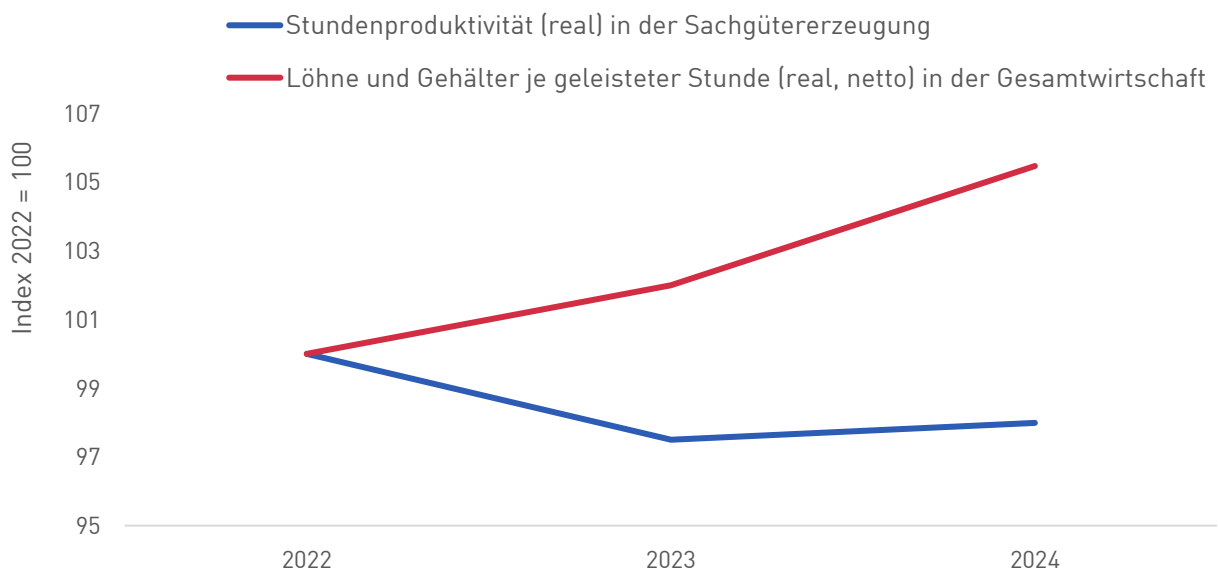


### Entwicklung der Lohnstückkosten, Index 2013 = 100



Anmerkung: Abgebildet sind die nominalen Lohnstückkosten auf Basis der Arbeitsstunden.  
Quelle: Eurostat.

### WIFO-Prognose zur Produktivitäts- und Lohnentwicklung in Österreich



Anmerkung: Stundenproduktivität ist definiert als der reale Produktionswert je geleisteter Arbeitsstunde.  
Quelle: WIFO-Konjunkturprognose Juni 2023.

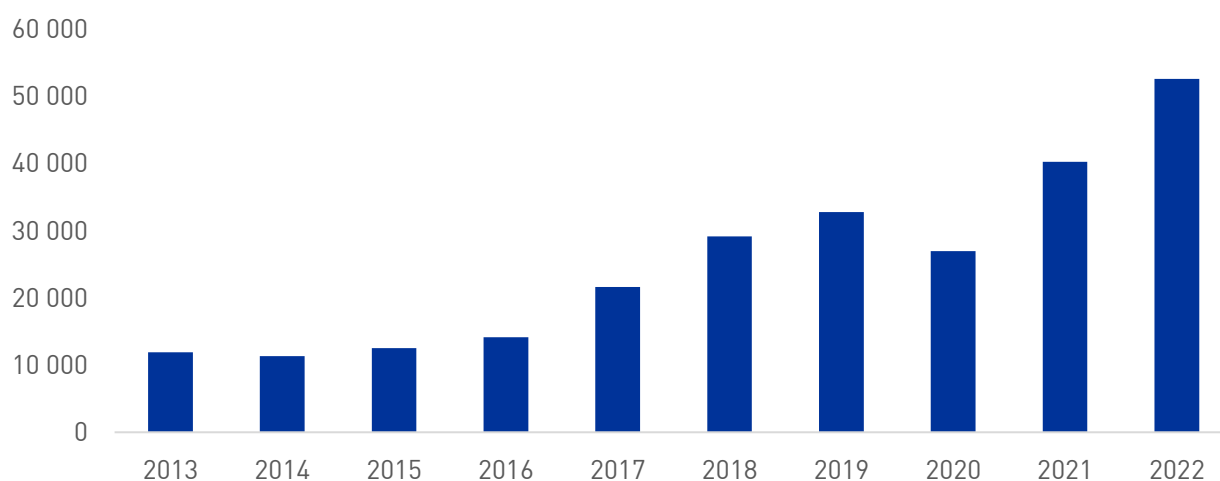
Ein höherer Lohndruck könnte auch mittelfristig bestehen bleiben, da die demografische Entwicklung den Arbeitskräftemangel in den letzten Jahren zum wichtigsten Produktionshemmnis für die Betriebe gemacht hat.

## Arbeitskräftemangel

- Der Arbeitskräftemangel hat stark zugenommen. 2022 gab es in Österreich **60% mehr offene Stellen** im Produzierenden Bereich als 2019.
- Im Jahresdurchschnitt 2022 waren rund **52.500 offene Stellen im Produzierenden Bereich** nicht besetzt. Jede vierte offene Stelle am österreichischen Arbeitsmarkt betraf den Produzierenden Bereich.
  - Um den Arbeitskräftemangel zu lindern, muss die **Steuer- und Abgabenlast** auf Arbeit gesenkt werden, das **Kinderbetreuungsangebot** verbessert und das **längere Arbeiten von älteren Beschäftigten attraktiver** gestaltet werden.

## Starker Anstieg des Arbeitskräftemangels im Produzierenden Bereich

### *Anzahl der offenen Stellen im Produzierenden Bereich im Jahresdurchschnitt in AT*



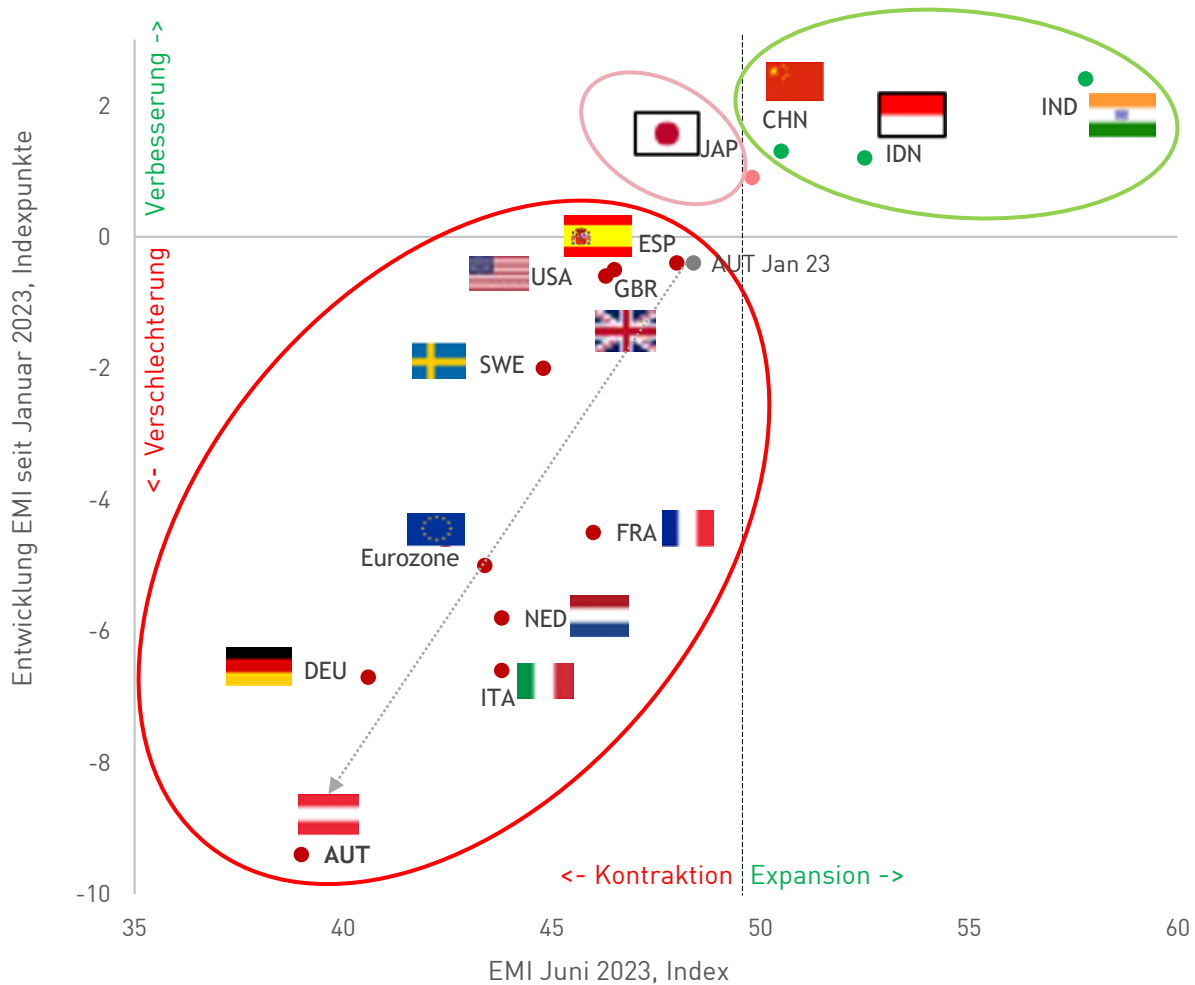
Quelle: Statistik Austria.

## C. KONJUNKTURELLES UMFELD

### **Zusätzlich zu strukturellen Herausforderungen wirkt auch das schwierige konjunkturelle Umfeld belastend.**

- Die **schwachen konjunkturellen Erwartungen** und die hohe Inflation bremsen derzeit die weltweite Nachfrage nach Industriegütern.
- Der Industrie-Einkaufsmanager-Index für Österreich lag im Juni 2023 mit 39 Punkten auf dem tiefsten Wert seit April des Pandemiejahrs 2020 und damit auf einem **38-Monats-Tiefstand**.
- Gründe dafür sind der kundenseitige Lagerabbau und der inflationsbedingt rückläufige Konsum.
- Im Gegensatz dazu erweisen sich neue Wachstumsmärkte in Asien als robust. So bewegen sich die Einkaufsmanagerindizes der Industrie in Japan und China an der Wachstumsgrenze. Indien und Indonesien zeigen schon seit mehreren Monaten eine stabile Wachstumsperformance.
- Die heimische Industrie muss heuer mit einem **Rückgang der Bruttowertschöpfung um 2 %** rechnen. Auch nächstes Jahr dürfte sie sich mit einem Plus von nur 0,8 % deutlich schwächer als die Gesamtwirtschaft entwickeln (WIFO-Prognose vom Juni 2023).

**Einkaufsmanagerindex für Österreich auf 38-Monats-Tief**  
*Industrie-EMI Juni 2023 vs. Entwicklung seit Januar 2023*



Quelle: S&P Global | Trading Economics.

**D. WKÖ-FORDERUNGEN ZUR VERBESSERUNG DER STANDORTATTRAKTIVITÄT**

- Die Wirtschaft braucht **Energie-Versorgungssicherheit** zu wettbewerbsfähigen Kosten, insbesondere bei Gas und Strom. Dazu gehört der Ausbau der erforderlichen Infrastruktur und eine Integration in die europäischen Netze.
- Wir brauchen ein **effizientes und kostengünstiges Strommarktdesign** auf Basis der Merit Order, mit staatlichen Interventionen in Krisenfällen und einem Industriestrompreis als Übergangslösung.
- Notwendig sind auch ein **investitionsfreundlicher Rechtsrahmen** und schnelle Genehmigungsverfahren. **Investitionshemmnisse** müssen rasch beseitigt werden, wenn die Dekarbonisierung vorangetrieben werden soll.
- **Regulatorische Planungssicherheit** muss gewährleistet sein, um die technologische und wirtschaftliche Unsicherheit zu reduzieren (z.B. Verlängerung der ETS-Strompreiskompensation bis 2030).
- Um eine nationale und europäische **Wasserstoffwirtschaft** rasch zu etablieren, braucht es entsprechende Rahmenbedingungen.

- Zudem braucht die Industrie **zielgerichtete Förderungen** (CAPEX und OPEX) für besonders ambitionierte Investitionsprojekte zur Dekarbonisierung, z.B. in Form von Contracts for Difference.
- Begleitend zu den energiepolitischen Forderungen benötigt es weitere Maßnahmen zur Erhöhung der **Standortattraktivität**. Dazu gehört die Senkung der Steuer- und Abgabenlast auf Arbeit.
- Zusätzlich müssen alle **Hebel gegen den Arbeitskräftemangel** in Bewegung gesetzt werden, etwa verstärkte Anreize, um längeres Arbeiten von älteren Beschäftigten attraktiver zu machen und ein Ausbau des Kinderbetreuungsangebots.

**Fazit:** Die heimische Industrie gerät derzeit an vielen Stellen unter Druck. Es droht der Verlust an Exportmarktanteilen sowie ein Rückgang der Neuinvestitionen am Standort Österreich. Deswegen muss für die Industrie eine kostengünstige und verlässliche Energieversorgung gewährleistet und die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessert werden. Maßnahmen, welche die Wettbewerbsfähigkeit dieser Schlüsselbranche stützen, stärken die Attraktivität des gesamten Wirtschaftsstandorts.

**Medieninhaber/Herausgeber:** Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien. Vertretungsbefugtes Organ: Präsident Dr. Harald Mahrer. Tätigkeitsbereich: Information Beratung und Unterstützung der Mitglieder als gesetzliche Interessenvertretung.

**Chefredaktion:** Thomas Eibl, Druck: Eigenvervielfältigung, Erscheinungsort Wien. Offenlegung: [wko.at/offenlegung](https://www.wko.at/offenlegung). Medieninhaber/Herausgeber: Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Wirtschaftspolitik, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, Tel: +43 5 90 900 4401, [wp@wko.at](mailto:wp@wko.at), <https://news.wko.at/wp>

**Autorin / Ansprechpartnerin:** Dr. Julia Borrmann, Tel: +43 5 90 900 4280, [julia.borrmann@wko.at](mailto:julia.borrmann@wko.at)